

**Informationen gemäß Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)
- Verarbeitung der Daten von Studierenden
des Studiengangs *Bachelor of Arts – Public Management* -**

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen sowie gegebenenfalls seines Vertreters

Verantwortlicher im Sinne des Art. 13 Abs. 1 Buchst. a DS-GVO ist
die Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl
vertreten durch den Rektor Prof. Dr. Joachim Beck

Anschrift: Kinzigallee 1, 77694 Kehl
Tel.: +49 7851 894-0, Fax: + 49 7851 894-120
E-Mail: post@hs-kehl.de

2. Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Luis-André Zitzmann
Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl
Anschrift: Kinzigallee 1, 77694 Kehl
Tel.: +49 7851 894-248
E-Mail: datenschutzbeauftragter@hs-kehl.de

Bei Verwendung des Postwegs kennzeichnen Sie bitte den Umschlag mit „Datenschutzbeauftragter“.

3. Datenquellen/ -arten/ -kategorien

Wir verarbeiten Ihre Daten, die Sie uns im Rahmen des Zulassungsverfahrens übermittelt haben. Nach dem Sie eine Zusage für einen Studiengang erhalten haben, werden die Daten aus dem Bewerberdatensystem in unser Studierendenverwaltungssystem überführt und zum Beginn des Immatrikulationsverfahrens und während des Studienverlaufes weiterverarbeitet.

Die Hochschule Kehl verarbeitet personenbezogene Daten, die Sie ihr zur Erfüllung ihrer Aufgaben mitteilen bzw. die im Laufe Ihres Studiums zur Aufgabenerfüllung erfasst werden. Hierzu zählen insbesondere: Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Heimat- und Semesteranschrift, E-Mail-Adresse, Staatsangehörigkeit, Sprachkenntnisse, Hochschulzugangsberechtigung, Studiengang/Art des Studiums, berufspraktische Tätigkeiten, berufliche Tätigkeiten, ärztliche Atteste, Benutzername und Passwort, Matrikelnummer, Fakultätszugehörigkeit, Hochschulsemester, Fachsemester, Praxissemester, Studienunterbrechungen sowie Studien- und Prüfungsleistungen.

4. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Hochschule Kehl verarbeitet personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), dem Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg (LHG), dem Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg (LDSG) sowie der Hochschul-Datenschutzverordnung Baden-Württemberg (HSchulDSV).

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt, soweit dies für die Erfüllung der Aufgaben der Hochschule Kehl (§§ 2, 29 ff. LHG) erforderlich ist. Dies betrifft insbesondere den Hochschulzugang, das Studium, den Studienverlauf, die Prüfungen, die Nutzung von Angeboten der Hochschule, die Pflege der Verbindung zu Ehemaligen (§ 12 LHG) sowie die Evaluation (§ 5 LHG). Weiterhin die Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen

Zwecken (Art. 89 DS-GVO, § 13 LDSG) sowie zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken (Art. 89 DS-GVO, § 14 LDSG).

Rechtsgrundlage für die Wahrnehmung der Aufgaben im öffentlichen Interesse sind Art. 6 Abs. 1 Buchst. e, Abs. 2, Abs. 3 DS-GVO i. V. m. § 4 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) sowie aufgrund §§ 2, 12 LHG ergänzt durch folgende spezifische Regelungen:

- §§ 2-12 HSchulDSV
- §§ 58 bis 63 LHG
- § 10 Landeshochschulgebührengesetz (LHGebG)
- Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen (HStatG)
- Studentenkrankenversicherungs-Meldeverordnung (SKV-MV)

Ihre Daten werden ferner zum Zwecke der Personalverwaltung verarbeitet, insbesondere zur Begründung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf. In Ergänzung zu obig genannten Daten sind dies insbesondere: Telefonnummer, Familienstand, Kinder, Schwerbehinderung, Angaben zum Einführungspraktikum.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung zum Zwecke der Personalverwaltung sind Art. 88 DS-GVO, § 15 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) in Verbindung mit §§ 83 bis 85 Landesbeamtengesetz (LBG), Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG).

Eine Nichtbereitstellung der erforderlichen Daten hätte zur Folge, dass die Zulassung, die Immatrikulation, das Absolvieren des Studiums, die Zulassung zu Hochschulprüfungen, die Nutzung von Hochschuleinrichtungen oder die Begründung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf nicht möglich sind.

Soweit Sie der Hochschule Kehl eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DS-GVO) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden, wobei der Widerruf erst für die Zukunft wirkt.

Soweit Sie mit der Hochschule Kehl einen Vertrag geschlossen haben, ist die zur Erfüllung dieses Vertrages erforderliche Verarbeitung personenbezogener Daten rechtmäßig (Art. 6 Abs. 1 Buchst. b DS-GVO). Dies gilt auch für Maßnahmen, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind.

Soweit die Hochschule Kehl einer rechtlichen Verpflichtung zur Verarbeitung personenbezogener Daten unterliegt, ist die zur Erfüllung dieser Verpflichtung erforderliche Verarbeitung rechtmäßig (Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DS-GVO).

4. Empfänger der personenbezogenen Daten

a) Interne Empfänger

Innerhalb der Hochschule erhalten diejenigen Einrichtungen (z. B. das Hochschulrechenzentrum, das Prüfungsamt, die Hochschulbibliothek) Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung der Aufgaben der Hochschule Kehl bzw. zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen.

b) Externe Empfänger

Die Hochschule Kehl übermittelt soweit die Voraussetzungen des § 6 LDSG erfüllt sind bzw. aufgrund und nach Maßgabe einschlägiger gesetzlichen Grundlage Daten an andere öffentliche Stellen. Dazu zählen insbesondere das Statistische Landesamt, die gesetzlichen Krankenkassen sowie das Studierendenwerk.

Auch das Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) erhält und verarbeitet Ihre Daten ab Beginn Ihres Studiums für die Festsetzung und Auszahlung Ihrer Besoldung und ggfs. sonstiger Leistungen (z.B. Beihilfe). Ausführliche Informationen zu der Datenverarbeitung durch das LBV finden Sie unter:

<https://lbv.landbw.de/documents/20181/42059/4000.pdf/d03fd10c-7c81-4c72-890a-a123fc006844>

Zudem erhalten Sie diese Informationen auch gesondert vom LBV bzw. haben die Möglichkeit diese dort zu erfragen.

Nach § 12 Abs. 2 S. 1 LHG kann die Hochschule Kehl Ihre nach § 12 Abs. 1 LHG erhobenen und weiter verarbeiteten Daten an eine andere Hochschule übermitteln, wenn und soweit die Daten von der Hochschule Kehl oder der anderen Hochschule auf Grund einer durch Rechtsvorschrift festgelegten Auskunftspflicht bei den Betroffenen erhoben werden dürfen. Bei einzelnen Studiengängen kooperiert die Hochschule Kehl mit anderen Hochschulen. Im Rahmen dieser Kooperationen bieten die Hochschulen, Veranstaltungen und Prüfungen auch für die Studierenden anderer Hochschulen an. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, dass Daten der jeweiligen Studierenden übermittelt werden. Es werden dabei nur die Daten der Studierenden übermittelt, die sich ausdrücklich für den Besuch einer Veranstaltung/Prüfung entschieden haben. Ein regelmäßiger Datenaustausch findet insbesondere beim Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement“ (MEPA) mit der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg sowie beim Masterstudiengang „Management von Clustern und regionalen Netzwerken (MCM) mit der Universität Strasbourg (Université de Strasbourg ITIR) statt.

Die Übermittlung von Daten erfolgt ansonsten lediglich nach Ihrer Einwilligung oder aufgrund entsprechender Vereinbarungen durch eine Auftragsverarbeitung (Art. 28 DS-GVO).

Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb des EWR (sog. Drittstaaten) oder an internationale Organisationen findet ausschließlich zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten oder aufgrund Ihrer Einwilligung oder auf Grundlagen einer weiteren gesetzlichen Rechtsgrundlage statt. Zudem findet diese Übermittlung unter Einhaltung aller geltenden Datenschutzgesetze und besonders gem. Art. 44 ff. DSGVO statt, insbesondere aufgrund erlassener Angemessenheitsbeschlüsse der europäischen Kommission oder aufgrund bestimmter Garantien (Bsp. EU-Standarddatenschutzklauseln, etc.).

5. Speicherdauer

Die Daten von Studierenden werden nach der Exmatrikulation gem. § 12 Abs. 1 der Hochschul-Datenschutzverordnung unverzüglich gelöscht. Ist das Prüfungsverfahren zum Zeitpunkt der Exmatrikulation noch nicht abgeschlossen, werden die Daten abweichend von Satz 1 nach Abschluss des Prüfungsverfahrens unverzüglich gelöscht.

Wir unterliegen jedoch verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich u. a. aus der Hochschuldatenschutzverordnung, allgemeinen Studien- und Prüfungsordnungen oder Satzungen i.S.d. § 8 Abs. 5 LHG und weiteren gesetzlichen Vorgaben und Verwaltungsvorschriften (bspw. LHO, VV-LHO, LArchG, LVwVfG, VwGO) ergeben. Zudem können sich Aufbewahrungsfristen aus sozialversicherungsrechtlichen oder steuerrechtlichen Regelungen (z.B. in der Abgabenordnung) ergeben.

Hierin sind auch die Aufbewahrungsdauer und Archivierung von Prüfungsleistungen und Zeugnissen geregelt. Diese gelten sowohl für konventionelle Dokumente aus Papier als auch für elektronische Dokumente. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen bis zu 2 Jahre (evtl. 5 Jahre) nach Erbringung der Prüfungsleistung (Modul- bzw. Modulteilprüfungsleistungen, Abschlussarbeiten, Abschlussprüfungsleistungen wie Bachelorarbeiten, Protokolle, mündliche Prüfungen) (§ 58 Abs. 2 VwGO, § 32 Abs. 3 LVwVfG BW).

Für studien- und prüfungsbezogene Nachweise (z. B. Leistungsnachweise, Notenlisten) beträgt die Aufbewahrungsfrist 1 Jahr.

Ausgewählte Daten sind gem. § 12 Abs. 2 Nr. 2 - 6 HSchulDSV von der Verpflichtung nach § 12 Abs. 1 HSchulDSV ausgenommen und werden 40 Jahre nach der Exmatrikulation gelöscht sowie deren Verarbeitung mit Ausnahme von Familienname, Vorname, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Anschrift, E-Mail-Adresse nach der Exmatrikulation unverzüglich eingeschränkt

Sind die Daten für die Erfüllung gesetzlicher Rechte und Pflichten (z.B. Personalaktenrecht gem. § 86 LBG i.V.m. § 15 LDSG) nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren - befristete - Weiterverarbeitung ist zur Erfüllung der Zwecke aus einem überwiegenden öffentlichen Interesse erforderlich. Ein solches überwiegendes Interesse liegt z.B. auch dann vor, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist und eine Verarbeitung zu anderen Zwecken durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen ausgeschlossen ist.

In allen anderen Fällen löschen wir Ihre personenbezogenen Daten nach Erledigung des Zweckes, mit Ausnahme solcher Daten, die wir zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen weiter speichern müssen (z. B. sind wir aufgrund steuer- und handelsrechtlicher Aufbewahrungsfristen verpflichtet, Dokumente wie z. B. Verträge und Rechnungen für einen gewissen Zeitraum vorzuhalten).

6. Betroffenenrechte

a) Auskunftsrecht

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über Ihre bei uns gespeicherten Daten nach den Regeln von Art. 15 DS-GVO (ggf. mit Einschränkungen nach § 9 LDSG) zu erhalten.

b) Berichtigung/Löschung/Einschränkung der Verarbeitung

Des Weiteren haben Sie das Recht, von uns zu verlangen, dass

- Sie betreffende unrichtige personenbezogene Daten unverzüglich berichtigt werden (Recht auf Berichtigung gem. Art. 16 DS-GVO);
- Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden (Recht auf Löschung gem. Art. 17 DS-GVO) sofern andere gesetzliche Regelungen, wie die gesetzliche Aufbewahrungspflichten oder die Einschränkungen nach § 10 LDSG oder ein überwiegendes Interesse unsererseits (z. B. zur Verteidigung unserer Rechte und Ansprüche) diesem nicht entgegenstehen und
- die Verarbeitung eingeschränkt wird (Recht auf Einschränkungen der Verarbeitung gem. Art 18 DS-GVO).

c) Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, Sie betreffende personenbezogene Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln (Art. 20 DS-GVO).

d) Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten jederzeit uns gegenüber mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Durch den Widerruf der

Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. (Art. 7 DS-GVO)

e) Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer Daten nach Art. 21 DSGVO einzulegen, aufgrund dessen wir die Verarbeitung Ihrer Daten beenden müssen. Dieses Widerspruchsrecht gilt allerdings nur bei Vorliegen ganz besonderer Umstände Ihrer persönlichen Situation, wobei Rechte unseres Hauses Ihrem Widerspruchsrecht ggf. entgegenstehen können.

f) Beschwerderecht

Sind Sie der Ansicht, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, haben Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wie z.B. beim Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg (Art. 77 DS-GVO). Dies ist möglich unter <https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/online-beschwerde/>.

Wir empfehlen Ihnen, eine Beschwerde zunächst immer an unseren behördlichen Datenschutzbeauftragten zu richten. Diesen können ebenfalls zu allen mit der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und mit der Wahrnehmung ihrer Rechte stehenden Fragen unter Zusicherung der Vertraulichkeit zu Rate ziehen. Zur Kontaktaufnahme siehe Abschnitt 2.

Stand: 09.08.2019